

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 60 38/39
Telex: 8 88 848 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Siegmar Mosdorf MdB
zur Politikgestaltung
einer modernen Volks-
partei: Mit SPD-Föderal-
ismus gegen Kohl-
Zentrismus?

Seite 1

Peter Conradi MdB zu
Vergangenheit und Zu-
kunft des BND: Wenn
es doch nur Clowns
wären!

Seite 2

Hans-Günther Toete-
meyer MdB zu den er-
neuten Zusammen-
stößen zwischen
Regimegegnern und
Sicherheitskräften in
Kenia: Die Entwick-
lungshilfe muß dra-
stisch gekürzt werden.

Seite 3

Dr. Albert Schmid MdL
zu einer Strategie, die
Wohnungsnot zu
überwinden: Das ge-
nossenschaftliche
Bauen fördern.

Seite 4

Rezension

Hans-Josef Legrand
stellt das Buch "Wo
sind Schmidts Erben?"
von Elke Leonhard vor.

Seite 5

48. Jahrgang / 223

22. November 1991

Mit SPD-Föderalismus gegen Kohl-Zentrismus? Zur Politikgestaltung einer modernen Volkspartei

Von Siegmar Mosdorf MdB

Nach den SPD-Verlusten Ende der 70er Jahre und der Wende in Bonn 1983 hat sich die SPD konsolidiert, in den Städten und Gemeinden und in den Ländern neue starke Positionen gewonnen. Allein in Süddeutschland hat die SPD seit Mitte der 80er Jahre in über 150 Städten und Gemeinden Oberbürgermeister und Bürgermeisterwahlen für sich entschieden. In der gleichen Zeit ist die SPD im Saarland, in Schleswig-Holstein, in Brandenburg, in Niedersachsen, in Hessen und in Rheinland-Pfalz neu in die Landesregierung gewählt worden und hat ihre Regierungsposition in Hamburg und in Nordrhein-Westfalen gut abgesichert. Die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten haben wichtige neue Akzente gesetzt und beweisen durch ihre Alltagspraxis die Regierungsfähigkeit der SPD.

Dies ist ein wichtiger Tatbestand, der auch der SPD auf Bundesebene - via Bundestag - Profil gibt. Nach diesen Erfolgen hat sich ein neuer Föderalismus in der SPD herausgebildet. In der öffentlichen Wahrnehmung steht dieser neue Föderalismus der SPD gegen einen neuen Kohl-Zentralismus in der CDU. Denn in der selben Zeit, in der die SPD in Städten und Ländern gewonnen hat, hat die CDU Bastionen verloren und gleichzeitig hat Kohl in seiner kritischen Phase Ende 1989 nur noch durch das Absägen von potentiellen Nachfolgern überleben können.

Auf diesem Hintergrund hat Johannes Rau neulich vor einer Entwicklung in Deutschland wie in Amerika gewarnt. Die Demokraten in Amerika haben in den letzten Jahren auch in den Städten und Staaten Wahlerfolge erzielt, aber seit 1968 haben sie keine zusammenhängende Präsidentschaft mehr gehabt (wenn man von der Episode von Jimmy Carter 1976 bis 1980 absieht). Johannes Rau hat damit eine strategisch bedeutende Frage in die Diskussion gebracht.

Denn in der Tat: Die SPD wird erst dann wieder den Bundeskanzler und die Bundesregierung stellen, wenn sie über den wichtigen neuen Föderalismus hinaus die bundesweite Mehrheitsfähigkeit erreicht. So muß die SPD nicht nur im gesellschaftlichen Zentrum präsent sein und agieren, sondern es bedarf auch innerhalb der SPD eines aktiven politischen Zentrums. Dieses neue sozialdemokratische Zentrum zu formieren, ist die wichtigste Führungsaufgabe der SPD in den nächsten Monaten. Sie wird mit der Entscheidung über die Kanzler-Kandidatur für 1994 eng verbunden sein.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag,
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verfügt über Umwelt
mit wertvollen Rücklagen
Recycling-Papier



Eine wichtigere Rolle wird die SPD-Bundestagsfraktion einnehmen müssen. Die SPD-Bundestagsfraktion hat nicht mehr die Aufgabe, eine Regierung zu stützen, wie das bis 1983 der Fall war, sondern sie muß kantige Opposition und zugleich Regierung von morgen sein. Dabei kann sie in der neuen Konstellation durchaus avantgardistischer sein als manche SPD-geführte Koalitions-Regierung in den Ländern das überhaupt sein kann. Denn die SPD in den Ländern, die sozialdemokratisch mitregiert werden, ist stark an die spezifischen Länderinteressen und an die Absicherung der Mehrheit gebunden.

Die SPD-Bundestagsfraktion hat also in Zukunft weniger eine Absicherungsfunktion. Zusammen mit der Partei muß sie eine programmatische Führungsaufgabe wahrnehmen und Visionen entwickeln. Dabei haben folgende Politikfelder besondere Priorität:

1. Die SPD muß als "Partei der Wertschöpfung" nicht nur wie bisher die Interessen der in der Wertschöpfung tätigen Facharbeiter, Techniker, Ingenieure und Angestellten vertreten, sondern auch selber ein positives Gestaltungsinteresse an der Zukunft der Industriegesellschaft entwickeln. Das heißt Wirtschafts- und Finanzpolitik als konstruktive Gestaltungsaufgabe wird an Bedeutung gewinnen.
2. Die SPD muß als "Partei der Gerechtigkeit" besonders darauf achten, daß Leistung und Gerechtigkeit in einem richtigen Verhältnis zueinander stehen und daß die Schwächeren in unserer Gesellschaft durch eine starke soziale Politik der Subsidiarität und der Solidarität gesichert sind.
3. Die SPD muß als "Partei der Ökologie" alles dagegen tun, daß die "Jahrhundertaufgabe" der ökologischen Reform unserer Gesellschaft in Folge der deutschen Einheit nicht untergeht oder verdrängt wird. Der ökologische Umbau der Industriegesellschaft und die aktive Natur- und Umweltpolitik muß wieder eine höhere Priorität erhalten.
4. Die SPD muß als "Partei des Rechtsstaats" der Wächter für Rechtsstaatlichkeit, Liberalität und Toleranz sein. Zugleich muß die SPD für die Bürgerinnen und Bürger eine Art innenpolitischer Sicherheitsfaktor sein. Die Rechtssicherheit muß zum Beispiel durch eine qualifizierte Ausbildung und Ausstattung der Justiz und der Polizei verbessert werden, um den zunehmenden Sicherheitsbedürfnissen der Menschen entsprechen zu können.
5. Da sich in der Weltpolitik viele traditionelle Ordnungen auflösen und sich neu bilden, muß die SPD als "internationale Partei" die neue Rolle Deutschlands in der Welt abstecken und zugleich die zunehmende Sehnsucht der Menschen nach Geborgenheit und Heimat aufnehmen.

Partei- und Fraktionsführung haben damit wichtige gemeinsame Aufgaben. Aus einem neuen sozialdemokratischen Zentrum heraus kann die Politik einer modernen Volkspartei entwickelt werden.

(-/22. November 1991/rs/fr)

Wenn es doch nur Clowns wären!
Zu Vergangenheit und Zukunft des BND
Von Peter Conradl MdB

Als eine "Company of Clowns" beschreibt John le Carre in seinem neuen Buch "The Secret Pilgrim" die Spionage-Szene in München nach dem Zweiten Weltkrieg. Den BND nennt er die "größte und häßlichste Geheimdienstorganisation".

Es war ein kluger Schachzug des Bundeskanzlers, mit Konrad Porzner einen erfahrenen, untadeligen Sozialdemokraten an die Spitze dieser Einrichtung zu setzen. Vielleicht ahnte, ja wußte der Kanzler, was noch auf seine Regierung zukommen konnte, und da war ein Sozialdemokrat als Alibi-Figur willkommen. Als ein "intelligence bordello" - ein Nachrichtendienst-Bordell - bezeichnet le Carre die Geheimdienstszene in München. Auch ein untadeliger Mann wie Porzner kann aus einem Bordell kein Mädchenpensionat machen.

Wenn es doch nur Clowns wären! Le Carre beschreibt, wie die Amerikaner nach 1945 eine "unlovely" Versammlung alter Nazis als Geheimdienst installierten mit der Aufgabe, durch Bestechung, Erpressung und den Appell an die gemeinsame Nazi-Vergangenheit Spione im Osten für den Westen zu rekrutieren. Offenbar konnten sich die Amerikaner - so le Carre - nicht vorstellen, daß die Ostdeutschen das Gleiche machten, nur besser. Nun stellt sich auch noch heraus, daß der BND jahrelang einen Stasi-Mauwurf im eigenen Haus hatte. Es wäre nicht überraschend, wenn die alten Nazis, die in beiden deutschen Staaten den Geheimdienst aufbauten, diese Connection schon vor Jahrzehnten installiert hätten.

Wer die Geschichte des BND kennt, weiß: diese Institution ist zu allem fähig. Kein Gesetz, keine Regierung und schon gar keine Parlamentarische Kontrollkommission (PKK) sind in der Lage, in Pullach für Recht und Ordnung zu sorgen.

Der Versuch, 1978 nach der Traube-Affäre des Bundesamts für Verfassungsschutz ein Mindestmaß an parlamentarischer Kontrolle einzurichten, mußte scheitern. Damals haben CDU und CSU den Entwurf der sozialliberalen Koalition verwässert. Statt ihren eigenen Entwurf durchzusetzen, gaben die Fraktionsführungen von SPD und FDP klein bei, um die CDU/CSU mit im Geheimdienst-Boot zu haben. Vermutlich waren einige staatstragende Sozialdemokraten nicht unfroh darüber, daß eine ernsthafte Kontrolle der Nachrichtendienste nicht zustande kam.

Ich habe dem PKK-Gesetz 1978 nicht zugestimmt, und ich habe große Zweifel, ob der neue Anlauf 1991 etwas verändern wird. Es hilft nur eins: den BND auflösen und - wenn es denn eines Geheimdienstes bedarf - von Grund auf neu errichten. Wahrscheinlich ist der ganze Aufwand umsonst. George Smiley (Le Carre): "In 90 Prozent aller Fälle kann ein guter Journalist viel mehr über die Situation eines Landes sagen als ein Spion. Auch wenn Regierungen ohne Spionage auskämen, sie würden nie darauf verzichten." Ich fürchte, er hat recht.

(-/22. November 1991/rs/ks)

Die Entwicklungshilfe für Kenia muß drastisch gekürzt werden
Zu den erneuten Zusammenstößen zwischen Regimegegnern und Sicherheitskräften in Kenia

Von Hans-Günther Toetemeyer MdB
Stellvertretender entwicklungspolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Mit aller Härte stemmt sich der kenianische Präsident Daniel Arap Moi gegen jeden Versuch eines demokratischen Wandels in seinem Land. Jüngstes Beispiel einer langen Kette von Gewalttätigkeiten ist das Vorgehen von Sicherheitskräften gegen Teilnehmer einer Demonstration von Regimegegnern in Nairobi am 16. November 1991. Die friedliche Veranstaltung, zu der das von der Regierung verbotene "Forum für die Wiederherstellung der Demokratie" (FORD) aufgerufen hatte, wurde von der Polizei unter Einsatz von Tränengas gewaltsam aufgelöst. Schon im Vorfeld kam es zu Verhaftungen namhafter FORD-Mitglieder, unter ihnen der ehemalige Weg-

gefährte Mojs und langjährige Parlamentsabgeordnete Martin Shikuku. Shikuku gilt als eigentlicher Kopf und Vordenker des Forums.

Entgegen ihren vollmundigen Versprechungen, die Vergabe von Entwicklungshilfegeldern an die Verankerung demokratischer Strukturen zu koppeln, verfolgt die Bundesregierung auch im Falle Kenias keine menschenrechtsorientierte Entwicklungspolitik. Erst im Juli dieses Jahres wurde Kenia ein weiteres zinsgünstiges Darlehen in Höhe von 29 Millionen DM gewährt. Dabei haben die Erfahrungen der letzten Jahre immer wieder gezeigt, daß dauerhafte Entwicklungserfolge nicht in Ländern zu erzielen sind, die die Menschenrechte mit Füßen treten. Gerade Kenia zählt zu diesen Ländern. Wirtschaftliche Reformen zeigen nur dann die gewünschte Wirkung, wenn sie durch politische Reformen ergänzt werden. Dieser Zusammenhang muß von der Bundesregierung auch in der praktischen Zusammenarbeit mit Kenia endlich erkannt werden.

Angesichts der fortgesetzten Menschenrechtsverletzungen fordert die SPD-Bundestagsfraktion seit mehr als einem Jahr eine drastische Kürzung der Entwicklungshilfe für Kenia. Im Rahmen der laufenden Haushaltsberatungen haben wir deshalb erneut eine Kürzung in Höhe von 40 Millionen DM beantragt. Die Bundesregierung hat unsere Forderung bisher stets abgelehnt. Die jüngsten Vorfälle in Kenia stellen jedoch wieder einmal unter Beweis, daß Diktatoren nicht freiwillig demokratische Reformen zulassen. Nur verstärkter internationaler Druck wird sie letztendlich zum Umdenken zwingen.

(-/22. November 1991/rs/ks)

Das genossenschaftliche Bauen fördern **Zu einer Strategie, die Wohnungsnot zu überwinden**

Von Dr. Albat Schmid MdL
Wohnungspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion im Bayerischen Landtag

Selbst der bayerische Innenminister Stoiber muß inzwischen zugeben, daß in Bayern 200.000 preiswerte Wohnungen fehlen. Jetzt wirkt sich voll zu Lasten bayerischer Wohnungssuchender aus, daß die Förderung des sozialen Wohnungsbaus durch den ehemaligen CSU-Bundeswohnungsbauminister Schnelder stark vernachlässigt wurde. Um die Wohnungsnot schnell zu beenden, ist ein Bündel von Maßnahmen notwendig.

Die bayerische SPD-Landtagsfraktion hat im Parlament entsprechende Anträge zur Mobilisierung von Bauland, zum Schutz von Mietwohnungen, zur Verschärfung der Zweckentfremdungsvorschriften, zur Anhebung der Einkommensgrenzen für Sozialwohnungsberechtigte und zur Förderung des selbstgenutzten Wohneigentums unter Einbeziehung des genossenschaftlichen Bauens gestellt.

Unsere Vorschläge diskutieren wir unter anderen mit Vertretern der Wohnungswirtschaft, der Mieter sowie der Haus- und Grundbesitzervereinigungen vor Ort. Sie sind sozusagen auf dem Prüfstand der Wohnungswirtschaft. Ein wirklich neuer Vorschlag hat unabhängig von der jeweiligen Interessenlage allgemeine Zustimmung gefunden: Die Einbeziehung des genossenschaftlichen Bauens in die Eigentumsförderung.

Derzeit betragen die Genossenschaftsanteile pro Mitglied häufig zwischen 1.000 und 2.000 Mark. Damit kann zwar der Bestand von Wohnungen gepflegt werden, aber eine Neubautätigkeit ist den Genossenschaften mangels Eigenkapital nicht möglich. Mein Vorschlag ist: Die Genossenschaftsanteile können zwischen 30.000 Mark und 50.000 Mark betragen. Sie werden

steuerlich so behandelt, als ob es sich um Anschaffungs- beziehungsweise Herstellungskosten für Wohnungseigentum handelt. Dem Mitglied der Genossenschaft stehen Steuerermäßigungen in nennenswerter Höhe zu, den Wohnungsgenossenschaften Eigenkapital, mit dem man dann bauen kann. Mit 100 Genossenschaftseinlagen zwischen 30.000 Mark und 50.000 Mark werden zwischen drei und fünf Millionen Mark Eigenmittel für den genossenschaftlichen Wohnungsbau mobilisiert. So wird neuer Wohnraum geschaffen, und der Anteilseigner einer Genossenschaft erwirbt gleichzeitig ein Dauerwohnrecht. Für viele Arbeitnehmer - gerade auch Facharbeiter mit Kindern - wäre dies Form des Wohnens eine echte Alternative zur Eigentumsbildung und zur Inanspruchnahme von Sozialwohnungen.

Die CSU hat unsere Vorschläge in drei Landtagsausschüssen abgelehnt. Nun ist es an der Zeit, daß die CSU-Landtagsfraktion den Erkenntnissen des Münchner Sozialreferenten Hans Stütze (CSU) folgt. Dieser hatte kürzlich in der Generalversammlung der Genossenschaft "Verein für Volkswohnungen" in München gefordert, "das Kapital, das Wohnungssuchende in eine Genossenschaft einbringen, ebenso günstig zu behandeln wie das mit den Geldern beim Kauf einer Eigentumswohnung geregelt" sei.

Nun stellt sich die Frage, wann die CSU-Landtagsfraktion endlich die Erkenntnisse ihres Parteifreundes Stütze umsetzt.

(-/22. November 1991/rs/ks)

REZENSION

Der Traum vom idealen Kanzler

Elke Leonhard: *Wo sind Schmidts Erben? Die SPD auf dem Weg zur Macht*, Deutsche Verlagsanstalt: Stuttgart 1991, 176 Seiten, DM 26,00.

Für die Beschreibung der "schmucken Riege" sozialdemokratischer Ministerpräsidenten von Lafontaine über Schröder und Engholm bis hin zu Scharping und Eichel hat sich in der SPD wie auch in der Öffentlichkeit die Redewendung von den "Enkeln" Brandts verselbständigt. Nach PolitikerInnen oder Politikern hingegen, die das Erbe ihres zweiten Ex-Kanzlers angetreten haben, wurde bisher in der SPD nicht laut gefragt. Auch die Öffentlichkeit scheint sich für diese Variante des Generationenwechsel nicht zu interessieren. Gespannt und neugierig wird man deshalb das Buch von Elke Leonhard, seit Dezember 1990 Bundestagsabgeordnete der Sozialdemokraten, in die Hand nehmen und auf die Antwort schielen, die der reißerische Titel ("Wo sind Schmidts Erben?") zu geben verspricht.

Die vagen Vorstellungen des Lesers darüber, was denn eigentlich das Erbe Schmidts sei und wer seine Enkel sein könnten, verdichten sich bei der Lektüre des Buches nicht zu einem klareren Bild. Vermutungen über Personen und Inhalte werden eher nebulöser denn konkreter. Auch für Spekulationen gibt das Buch kaum Hinweise. Wer trotz unerfüllter Erwartungen oder Hoffnungen das rund hundert Seiten starke Buch (der Anhang - mit interessanten Wahlanalysen und aufschlußreichem Datenmaterial - faßt siebzig Seiten) dennoch bis zum Schlußkapitel liest, wird erleichtert sein über die nicht unerwartete Auflösung, die die Autorin dort (Seite 99) selbst liefert. "Es gibt keinen Erben Helmut Schmidts - denn Kompetenz und Zivilcourage können nicht vererbt werden", stellt sie selbstsicher fest. Völliges Unverständnis allerdings wird sich spätestens bei dieser Aufschlüsselung beim Leser einstellen müssen, denn mit dieser Antwort konterkariert die Autorin ihren gesamten Argumentationsgang.

Dieser stellt ab auf die klaren politischen, insbesondere wirtschafts- und sozialpolitischen Konzepte und Kompetenzen der SPD. "Die größte Stärke der 128 Jahre alten Partei ist gegenwärtig

Ihre konzeptionelle Kompetenz", läßt die Autorin die Leser schon einleitend wissen. Ihr fehle nur Helmut Schmidt, der diese Konzepte glaubwürdig verträte. Die SPD habe sich überzeugend für neue Themen, neue Fragen und die Sichtweisen der neuen sozialen Bewegungen geöffnet. Allein die Kontinuität, Zuverlässigkeit und Durchsetzungskraft des Ex-Kanzler fehlten der Partei, um in Bonn wieder Regierungsverantwortung übernehmen zu können, meint die Autorin, die es nicht stört, vom Verlag als "Frau des bekannten Sowjet- und Osteuropa-Experten Wolfgang Leonhard" vorgestellt zu werden. Öffnung für neue Gruppen, Bewahrung ihrer Identität und Glaubwürdigkeit durch Kontinuität seien die Elemente, die die SPD zur Macht bringen, glaubt sie. Das Beharren auf der Worthölse Kontinuität wird jedoch dann zum Selbstzweck, wo zusammengeschustert werden soll, was sich nicht verbinden läßt.

Mit Blick auf das Dezember-Wahl-Desaster, wo sich die SPD im 33-Prozent-Turm wiederfand, meint die Autorin: "Mit Helmut Schmidt an ihrer Seite und Oskar Lafontaine als Kanzlerkandidat wäre jenes Maß an Kontinuität vermittelt worden, das Wähler offensichtlich brauchen, um der Sozialdemokratie Regierungsfähigkeit zuzutrauen" (Seite 101). Frau Leonhards eigenwilliger Versuch einer aktuellen Bestandsaufnahme der SPD nach drei verlorenen Bundestagswahlen mit drei verschiedenen Kanzlerkandidaten läßt die entscheidenden Fragen nach dem Warum des Machtverlusts von 1982 ebenso offen wie die nach dem Warum des Scheiterns bei der ersten gesamtdeutschen Wahl. Das Buch liest sich vielmehr wie eine Eloge auf Helmut Schmidt.

In den Augen der Autorin, die an einer Biographie des Polit-Aussteigers schreibt, verkörpert der Hanseat alle positiven Tugenden, die seit Max Weber einen erfolgreichen Politiker auszeichnen. Trotz parteipolitischer Abstinenz genieße er auch heute noch in breiten Teilen der Bevölkerung ein Höchstmaß an Vertrauen und Kompetenz, formuliert sie, und meint vielleicht doch nur (im Vergleich zu seinem Nachfolger im Kanzleramt) das Ansehen, das bei ihm daher rührt, daß er mit seinem Aussehen, mit seiner Ausstrahlung dem Traum der Deutschen von einem idealen Kanzler am nächsten kam, wie dies kürzlich Jürgen Busche in der 'Süddeutschen Zeitung' zu umschreiben mußte. Frau Leonhard unterläßt kaum einen Versuch, Schmidt zur fast mythischen Figur werden zu lassen. Mit Groll und Unverständnis begegnet sie allerdings seiner Entscheidung, die politische Bühne verlassen zu haben.

Ernsthafte stellt sie dem Leser (und wohl auch Schmidt) die Frage, ob sich "ein Sozialdemokrat, der durch seine Partei zu höchsten Ämtern gelangte, einfach zurückziehen darf?" Enttäuscht gibt sie zu Protokoll, daß Pflicht bedeutet, dabei zu bleiben, auch wenn es wehtut, nicht zuletzt, um Kontinuität zu garantieren (Seite 25). Daß Schmidt den anderen Weg wählte und abtrat, hat Frau Leonhard ihm scheinbar nicht verziehen. Dabei kann es doch durchaus als ein Akt der politischen Vernunft verstanden werden, Verantwortung an ein Amt zu binden und dann aus der aktiven Parteipolitik auszuscheiden, wenn man erkennt, dort nicht mehr gebraucht zu werden oder nichts mehr bewegen zu können.

Gespannt darf man sein, wie die innerparteiliche Reaktion auf diesen gescheiterten Versuch ausfällt, daß 'Erbe' Schmidts zu aktivieren. Gelegenheit bietet dazu schon der kommende Montag. Dann wird der saarländische Ministerpräsident Oskar Lafontaine das Wort ergreifen und das Buch in der Bonner Vertretung Hamburgs vorstellen.

Hans-Josef Legrand

(-/22. November 1991/rs/ks)
